

Delegation Novosibirsk

Vom 2. bis 6. Mai 2010 reiste unter der Leitung der Sächsischen Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz Frau Christine Clauß eine Delegation mit Vertretern des sächsischen Gesundheitswesens nach Novosibirsk.

Ziel war die Unterzeichnung einer Absichtserklärung zwischen dem Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz und dem Gesundheitsministerium der russische Region Nowosibirsk auf dem gesundheitswirtschaftlichen Gebiet. So betonten die Unterzeichnenden, dass sie zur Vertiefung der Kooperation die Förderung von Kooperationspartnerschaften zwischen sächsischen und russischen Institutionen anstreben. Dies betrifft unter anderem Qualifizierungsmaßnahmen, insbesondere für Ärzte und medizinische Fachangestellte, einschließlich Organisations- und Strukturfragen im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen der Sächsischen Landesärztekammer und Nowosibirsker Ärzteassoziation. Die Vertreter der Sächsischen Landesärztekammer nutzten die Gelegenheit zu einem intensiven Erfahrungsaustausch und zur Besichtigung Oblast-Klinik und der Poliklinik Nr. 1 (siehe Bilder 1 und 2).

Im Treffen mit russischen Ärzten aus dem Oblast Novosibirsk konnte über gesetzliche Grundlagen für die Tätigkeit der Sächsischen Landesärztekammer, Kernaufgaben der Kammer in der ärztlichen Fort- und Weiterbildung und Qualitätssicherung berichtet werden (siehe Bild 3). Großes Interesse bestand an grundsätzlichen Fragen und Vorteilen der ärztlichen Selbstverwaltung. In einer Expertenrunde mit Vertretern der Nowosibirsker Ärzteassoziation wurden detailliert die Fortbildungsaktivitäten der Sächsischen Landesärztekammer und die Fortbildungssatzung diskutiert, eine Fortsetzung des intensiven Erfahrungsaustausches ist geplant.

Dr. med. Katrin Bräutigam,
Ärztliche Geschäftsführerin und
Dr. med. Eberhard Huschke,
Vorsitzender Ausschuss Krankenhaus
E-Mail: aegf@slaek.de



Bild 1: Poliklinik – Anmeldung



Bild 2: Poliklinik – Chirurgischer Behandlungsraum



Bild 3: Treffen mit Vertretern der Ärzteassoziation und der Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz Christine Clauß (5.v.l.)